

ROTER HAHN

Die Linke

Im Bundestag

AUSGABE 132



Liebe Leserin, lieber Leser,

bevor ich mich heute zu einigen aktuellen Themen äußere, möchte ich noch einmal allen ein gutes, erfolgreiches und gesundes Neues Jahr wünschen.

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind riesig. Noch immer tobt der Krieg Russlands gegen die Ukraine, sterben täglich Menschen, und die Bundesregierung diskutiert vor allem über immer weitere Waffenlieferungen anstatt ernsthafte diplomatische Initiativen zu ergreifen. Im Nahen Osten gab es

den fürchterlichen terroristischen Angriff der Hamas auf Israel. Das Recht auf Selbstverteidigung ist unbestritten, doch das, was jetzt im Gaza-Streifen durch den israelischen Gegenschlag mit tausenden toten Zivilisten und Kindern geschieht, ist mit dem Völkerrecht ebenfalls unvereinbar.

Ich bin entsetzt darüber, dass im Dezember gerade in meinem Wahlkreis der erste AfD-Oberbürgermeister in Deutschland gewählt wurde. Ich bin enttäuscht, dass viele Menschen in Pirna angesichts der drohenden rechten Gefahr überhaupt nicht zur Wahl gegangen sind, und ich werde mich insbesondere dafür stark machen, dass es bei zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen jetzt nicht zu einem Kahlschlag kommt.

Die verfehlte Bundespolitik führt zu immer mehr und heftigeren Protesten, nicht nur bei den Bauern oder bei der Bahn. Die Ampel-Regierung ist erkennbar am Ende,

meint Ihr/Euer

NEIN ZUM KRIEG!

In einem Antrag unter der Überschrift „100 Jahre Erster Weltkrieg, 100 Jahre Nein zum Krieg — Gedenktafel für Karl Liebknecht“ schlug die Fraktion DIE LINKE am 1. Juli 2014 vor, dass der Bundestag die Ablehnung der Kriegskredite durch den SPD-Abgeordneten Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 mit der Anbringung einer Gedenktafel am Reichstagsgebäude würdigt (Drs. 18/1950). Diese Gedenktafel gibt es bis heute nicht.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden am 15. Januar 1919 ermordet. Auch in diesem Jahr lädt DIE LINKE zum stillen Gedenken an Karl & Rosa am 14. Januar von 10 bis 13 Uhr in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde ein.



**TERMINE MIT
ANDRÉ HAHN**

(Auswahl)

*

14.01.

**Teilnahme am stillen
Gedenken an Karl und
Rosa**

Berlin-Friedrichsfelde

*

15.01.-19.01.

**Sitzungswoche
im Bundestag**

Berlin

*

16.01.

Handball-EM

Mercedes-Benz-Arena

Berlin

*

23.01., 15:00-17:00 Uhr

Bürgersprechstunde

Büro der LINKEN SOE

Herrngasse 20

Dippoldiswalde

*

24.01., 16:30-18:00 Uhr

Bürgersprechstunde

WKB Pirna

*

25./26.01.

Rennrodel-WM

Altenberg

*

27.01., 11:00 Uhr

**Gedenken an die Opfer
des Faschismus**

Gedenkstätte

Grohmannstr., Pirna

*

27.01., 18:00 Uhr

TEAMBRO-Futsal Cup

Sporthalle BSZ Technik,

Pirna-Copitz

*

29.01.

**Verleihung der „Sterne
des Sports“ in Gold**

Berlin

*

29.01.-02.02.

**Sitzungswoche
im Bundestag**

Berlin

*

14.02., 18:00 Uhr

Politischer

Aschermittwoch

DIE LINKE SOE

Kulturhaus, Freital

*

Nette Geste der UEFA—nicht mehr, aber auch nicht weniger

10.000 Tickets für die Spiele der Fußball-Europameisterschaft EURO 2024 wird die UEFA Foundation for Children laut Antwort der Bundesregierung auf eine [Anfrage von André Hahn](#) für finanziell benachteiligte Kinder und Jugendliche kostenlos zur Verfügung stellen. Je 900 Tickets sollen die zehn Austrichterstädte zur Vergabe erhalten und die übrigen 1.000 Tickets sollen im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über den Verein ‚Lernort Stadion‘ verteilt werden. Dazu André Hahn: „0,37 Prozent von den insgesamt 2.700.000 Tickets für finanziell benachteiligte Kinder und Jugendliche zur Verfügung zu stellen, ist eine nette Geste – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Angesichts des zu erwartenden Gewinns von rund 1,5 Milliarden Euro ist der Aufwand der UEFA mit ca. 500.000 Euro für diese Aktion sehr überschaubar. Ich hätte von der UEFA, dem DFB und der Bundesregierung schon etwas mehr soziales Engagement erwartet.“

Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter

Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter können in bestimmten Bereichen ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie zu den von ihnen betreuten Personen ein verlässliches Vertrauensverhältnis haben. Das betrifft u.a. die Opferberatung, die Ausstiegsberatung oder auch die Fanarbeit im Sport. Beispiel ist ein aktueller Fall aus Karlsruhe. Sozialarbeiter des dortigen Fanprojektes sollten ihre Kenntnisse aus den Gesprächen mit einer Fangruppierung, die am Abbrennen von Pyrotechnik beteiligt gewesen sein soll, gegenüber der Staatsanwaltschaft unter Androhung von Beugehaft preisgeben. „Dies und etliche weitere Fälle machen aus Sicht der LINKEN, aber auch vieler Verbände und Rechtsexperten deutlich, dass die Einführung eines Zeugnisverweigerungsrechts erforderlich ist“, so André Hahn zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der LINKEN ([Drucksache 20/9918](#)), laut der das Bundesjustizministerium auch perspektivisch das Zeugnisverweigerungsrecht nicht ausweiten will.

Menschen mit Behinderungen bei Katastrophen schützen



Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der LINKEN ([Drucksache 20/9896](#)) gibt zahlreiche Informationen zu ihren bisherigen Aktivitäten und weiteren Vorhaben zum Schutz von Menschen mit Behinderungen in Gefahrensituationen. Endlich wurden zumindest in Teilbereichen Verbesserungen auf den Weg gebracht. Dies war auch angesichts der Tragödien während der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal sowie bei Bränden in Behinderteneinrichtungen überfällig. Die vorliegende Antwort zeigt aber auch, dass die Bundesregierung und Bundesbehörden noch zu langsam, nicht ausreichend sozial und teilweise am Bedarf vorbei agieren. Völlig an der Lebensrealität vorbei gehen auch die Aussagen zum Budget, das im Bürgergeld für Vorsorge vorgesehen ist. Längst ist überdeutlich, dass mit den aktuellen Bürgergeldsätzen schon die Kosten des laufenden Monats, wenn überhaupt, dann nur unter großen Schwierigkeiten zu bewältigen sind. Wenn es dann aus dem Innenministerium heißt, die Notfallvorsorge könne und müsse aus diesen Geldern bestritten werden, ist das zynisch, meint André Hahn, der für das Thema Katastrophenschutz zuständige Abgeordnete der LINKEN.

IN KÜRZE

Ausführlich, aber nicht umfassend und zufriedenstellend, beantwortete die Bundesregierung die [Anfragen von André Hahn](#) zu ihren Aktivitäten im Kampf gegen Antiziganismus im Sport sowie zur Umsetzung der Entschließung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 21. Juni 2023 zur sozialen Integration von Migranten, Flüchtlingen und Binnenvertriebenen durch Sport. Im Gegensatz zur Bundesregierung sehe er hier durchaus noch zusätzlichen Handlungsbedarf.

*

Obwohl die mit dem Bundesverdienstkreuz geehrte und von der Bundesregierung hofierte „Kronzeugin gegen das DDR-Zwangsdoping-System“, Prof. Ines Geipel, sich wohl zu Unrecht Leistungen aus dem vom Bund finanzierten Dopingopfer-Hilfegesetz erschlichen hat und sich an der Diskreditierung des DDR-Sports mit diversen Falschdarstellungen beteiligte, schweigt die Bundesregierung weiterhin zu den in den Medien veröffentlichten Vorwürfen. Das ist nicht akzeptabel, erklärte André Hahn mit Blick auf die [Antwort vom Parlamentarischen Staatssekretär Mahmut Özdemir](#) auf seine Anfrage.



André Hahn
bei Facebook



Impressum/Kontakt

Büro Dr. André Hahn, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 227 75777
Mail: andre.hahn@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Sächsische
Schweiz-Osterzgebirge**
Lauterbachstr. 4, 01796 Pirna
Tel.: 03501 5710090
Mail: andre.hahn.ma03@bundestag.de

Redaktionsschluss: 10.01.2024
Redaktion: André Nowak
Portraitfoto Seite 1: DBT Stella von Salden